

Handelsblatt

G O 2531
NR. 181 / PREIS 2,30 €

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

MONTAG
19. SEPTEMBER 2011

Dax 5573.51 +1.18%	Euro Stoxx 50 2159.28 +0.17%	Dow Jones 11509.09 +0.66%	S&P 500 1216.01 +0.57%	Euro/Dollar 1.3796\$ -0.58%	Euro/Pfund 0.8741£ -0.47%	Euro/Yen 105.95¥ -0.45%	Brentöl 114.38\$ -0.16%	Gold 1811.88\$ +1.30%	Bund 10J. 1.863% -0.066PP	US Staat 10J. 2.048% -0.034PP
--------------------------	------------------------------------	---------------------------------	------------------------------	-----------------------------------	---------------------------------	-------------------------------	-------------------------------	-----------------------------	---------------------------------	-------------------------------------

Vorsicht, SPD!

Mit dem gestrigen Wahlsieg in Berlin und damit acht Landtagserfolgen in Serie ist die 2009 abgewählte Bundes-SPD wieder ein ernst zu nehmender Herausforderer für die Kanzlerin. Doch die größte Gefahr für die SPD ist die SPD selbst. *Ein Kommentar von Gabor Steingart*

Wenn politisches Wohlgefühl ein fossiler Kraftstoff wäre, könnte die SPD jetzt bis zum Kanzleramt vorfahren. Der Tank ist nach dem gestrigen Sieg von Klaus Wowereit in Berlin gut gefüllt. Die SPD regiert nunmehr in zehn von 16 Bundesländern.

Der Zustand der liberal-konservativen Bundesregierung ist anhaltend trostlos. Der 38-jährige Vizekanzler Philipp Rösler durchlebt im hohen Staatsamte seine politische Pubertät. Auch Kanzlerin Angela Merkel ist kein Hoffnungswort mehr. Sie hat gezeigt, was sie kann. Da kommt nichts mehr.

Doch all das reicht nicht für einen Wahltriumph der SPD. Bei der nächsten Bundestagswahl interessieren uns nicht die üblichen innenpolitischen Scharmützel, Lohnnebenkosten gegen Elterngeld. Die Wahl wird - ob regulär oder vorgezogen - eine Europawahl sein. Angesichts der tiefen Krise im Euro-Raum schaut das Volk jetzt auf das große Ganze. Die Europafrage ist aufgerufen, so wie 1990 die deutsche Frage.

Und damit beginnen die für die SPD gefährlichen Parallelen. Auch damals war der SPD-Kanzlerkandidat, Oskar Lafontaine, siegessicher. Er hatte die Wahl im Saarland mit 54 Prozent gewonnen und vor sich einen Helmut Kohl, der nach acht Jahren der Regentschaft erschlafft war.

Zudem sagte Lafontaine lauter wahre Dinge: Die Einheit werde teurer als von Kohl annonciert - so kam es. Ein Umtauschkurs 1:1 zwischen D-Mark und DDR-Mark bringe die



Das Gemälde „Red“ von Mark Rothko, 1961, im Besitz der Nationalgalerie Berlin

DDR-Industrie aufs Totenbett - wohl wahr. Nur: Diese Wahrheiten wollte keiner hören. Einheit jetzt, das war Volkes Wille. Wir alle waren gerührt angesichts von Mauerfall und Bürgermut in der DDR. Wir wollten keinen Zurückweiser, ein Umarmen und Vereinigen wurde gesucht: dann eben wieder Helmut Kohl.

Die heutige SPD sagt zur Europafrage wieder lauter Wahrheiten: dass

Europa unser Schicksal sei. Dass wir längst in einer Transferunion leben. Dass Euro-Bonds eine Lösung der Krise bedeuten könnten. „Natürlich müssen die Deutschen zahlen. Aber das Geld ist gut investiert in unsere und die Zukunft Europas“, sagte Peer Steinbrück kürzlich im Nachrichtenmagazin „Spiegel“.

Doch so, wie das Volk in der deutschen Frage zum Vollzug entschlossen

war, steht es der Europafrage zögerlich gegenüber. Lafontaine war zu langsam, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier sind zu schnell.

Die Deutschen sind ja nicht gegen Europa. Aber sie sind nach den gebrochenen Versprechen - die Stabilitätskriterien wurden suspendiert, die Notenbank ist in die Staatsfinanzierung eingestiegen - vorsichtig geworden. Unternehmer, Arbeiter und Intellektuelle stellen dieselben berechtigten Fragen: Haben die Schuldnerstaaten wirklich verstanden, was sie mit ihrem „Pumpkapitalismus“ (Wolfgang Schäuble) angerichtet haben? Darf eine Regierung den Reichtum der deutschen Bürger zur Besicherung von Schulden anderer Staaten einsetzen? Sollen wir wirklich so viel Macht auf eine EU-Kommission übertragen, die mehr Ähnlichkeit mit dem Zentralkomitee der chinesischen KP aufweist als mit einer demokratisch gewählten Regierung?

Gesucht wird ein Europakanzler mit Augenmaß, ein Regierungschef, der Europa befördert, ohne die Nation zu verraten. Die ansehnliche Riege der SPD-Kandidaten wäre gut beraten, die Stellenbeschreibung noch mal zu studieren. Auch wer zu früh kommt, wird zuweilen vom Leben bestraft. Die Bürger haben ein gutes Gefühl für Maß und Mitte. Oder um es mit Kurt Tucholsky zu sagen: „Das Volk versteht das meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig.“

Die gestärkte SPD und ihre vier Kanzlerkandidaten Seiten 6, 7
Die Berlin-Wahl Seiten 8, 13

TOP-NEWS DES TAGES

Euro-Minister planen härtere Regulierung

Am Wochenende beschlossen die Finanzminister auch, härter gegen die Finanzindustrie durchzugreifen. **SEITE 4**

Händler-Skandal: Kritik am UBS-Chef



Der Chef der Schweizer Großbank, Oswald Grubel, gerät nach dem bekannt gewordenen Milliardenverlust eines Händlers unter Druck.

SEITEN 5, 28, 29, 54

Strafe für Ferrostaal wird halbiert

EXKLUSIV Korruptionsskandal: Der Konzern muss voraussichtlich nur rund 130 statt 277 Millionen Euro Strafe zahlen. **SEITE 21**

Deutsche Autobauer investieren Milliarden

VW, BMW und Daimler wollen in den kommenden Jahren mehr als 100 Milliarden Euro investieren.



SEITE 24

LG-Konzern drängt in das Solargeschäft

EXKLUSIV Die Koreaner engagieren sich spät, aber sie wollen mit ihrer ganzen Kraft schnell unter die Top 10. Weltweit. **SEITE 26**

Der Sittenverfall der Banken

Lutz Goebel, Präsident des Verbands „Die Familienunternehmer“, kritisiert die mangelhaften Regulierungsversuche. **SEITE 56**

Das Interview Seite 20

Atomtechnik: Siemens steigt aus

Konzernchef Peter Löscher will sich auf grüne Geschäfte konzentrieren.

Der Technologiekonzern Siemens hat seine Pläne für ein Comeback im Nukleargeschäft endgültig aufgegeben und die geplante Allianz mit der russischen Rosatom aufgekündigt. „Das Kapitel ist für uns abgeschlossen“, sagte Konzernchef Peter Löscher im Interview mit dem „Spiegel“. Er will sich nun ganz auf das Geschäft mit „grünen“ Technologien konzentrieren.



Peter Löscher

Intern war die Entscheidung bereits vor Wochen gefallen, wie das Handelsblatt berichtet hatte. Siemens suchte aber noch nach einem Ausstieg, bei dem die russischen Partner ihr Gesicht wahren können. Nun, so heißt es im Konzern, plane Siemens, auf anderen Gebieten mit Rosatom zusammenzuarbeiten.

Der russische Markt spielt bei den Wachstumsplänen Löschers schließlich eine wichtige Rolle.

Dort hat er den Auftragseingang nach Handelsblatt-Informationen seit seinem Amtsantritt 2007 bereits von 1,2 auf deutlich mehr als drei Milliarden Euro verdreifacht.

Die Siemens-Tochter KWU hatte einst Milliarden mit dem Bau von Atomkraftwerken überall auf der Welt umgesetzt. Nun konzentriert sich der Konzern ganz auf grüne Technologien wie Windräder oder Elektroantriebe. Den Umsatz will Siemens dort bis 2014 von 28 auf 40 Milliarden Euro steigern. Axel Höpner

Bericht Seite 22

Total will in Libyen neue Ölfelder erschließen

Der französische Ölriese Total will vom Sieg der Rebellen in Libyen profitieren. „Es ergeben sich für uns Gelegenheiten für neue Geschäfte“, sagte Konzernchef Christophe de Margerie dem Handelsblatt. „Wir könnten das Geschäft mit Flüssiggas entwickeln oder der nationalen Ölgesellschaft helfen, ihre Öl- und Gasreserven aggressiver und strukturierter zu erschließen.“ Bis Jahresende will Total der neuen Regierung eine Liste mit konkreten Vorschlägen für Projekte machen.

Frankreich und Großbritannien haben mit ihren Luftschlägen den Re-

bellens entscheidend dabei geholfen, das Gaddafi-Regime zu vertreiben. Nun hoffen beide Länder, bei der Neuverteilung lukrativer Aufträge bevorzugt zu werden.

De Margerie erwartet, dass „es helfen kann“, bei den Verhandlungen als französischer Konzern aufzutreten. Total habe dem Rebellenrat eine umfassende industrielle Partnerschaft vorgeschlagen. „Die Antwort ist positiv“, sagte der Total-Chef. Bestehende Verträge von Wettbewerbern würden respektiert. Holger Allich

Das Interview Seite 20